

## Deutschsein: zum Spannungsfeld von Selbst- und Fremdzuschreibung bei Spätaussiedlern aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion

Graudenz, Ines; Römhild, Regina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Graudenz, I., & Römhild, R. (1995). Deutschsein: zum Spannungsfeld von Selbst- und Fremdzuschreibung bei Spätaussiedlern aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 18(2), 100-113.  
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-35935>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Deutschsein

### Zum Spannungsfeld von Selbst- und Fremdzuschreibung bei Spätaussiedlern aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion

*Ines Graudenz und Regina Römhild*

Innerhalb des bundesrepublikanischen Einwanderungsspektrums stellen Aussiedler einen Sonderfall dar. Als deutschstämmige Einwanderer gehören sie offiziell nicht zu den Ausländern, aber auch nicht zu den "einheimischen" Deutschen. Im Alltag allerdings werden sie häufig als Ausländer, als "Polen" oder "Russen", wahrgenommen und damit in eine Reihe mit anderen Nicht-Deutschen gestellt. Während die offizielle Einordnung als Deutsche im Kontext der bundesrepublikanischen Einwanderungspraxis eine bevorzugte Behandlung - etwa im Bereich finanzieller und sprachlicher Eingliederungshilfen - impliziert, entspricht im Vergleich dazu die alltägliche Einordnung als Ausländer einer "Deklassierung" auf den Status der Fremden ohne Sonderrechte.

Noch vor wenigen Jahren galten Aussiedler uneingeschränkt als Deutsche, die ein Recht darauf haben, aus Osteuropa in das Land ihrer Väter - nach Deutschland - zurückzukehren. Solange es noch relativ wenige waren, denen es gelang, die Grenze des "Eisernen Vorhangs" hinter sich zu lassen, gab es kaum Zweifel an dieser Auffassung. Die Anerkennung und Akzeptanz von seiten der deutschen Bevölkerung konnte weitgehend vorausgesetzt werden. Seit 1988 ist aber die Zahl der Spätaussiedler aufgrund der dramatischen Veränderungen in Osteuropa und der Lockerung der Ausreisebedingungen sprunghaft angestiegen (vgl. Dietz 1990, S. 5; Koller 1993, S. 13). Inzwischen ist festzustellen, daß die deutschstämmigen Migranten aus Osteuropa nicht mehr mit der gleichen Akzeptanz, Solidarität und Unterstützung rechnen können wie früher.

Unsere Studie, die psychologische und kulturanthropologische Forschungsansätze verbindet (vgl. Graudenz/Römhild 1990), beschäftigt sich mit dem Selbstverständnis, den Erwartungen und Erfahrungen von Spätaussiedlern aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion. Eingebunden in lebensgeschichtliches Interviewmaterial wollen wir ausgewählte Ergebnisse dieser Befragungsstudie darstellen, um daraus die subjektive

Sicht der Aussiedler deutlich werden zu lassen: Der Schwerpunkt dieser Darstellung bezieht sich auf die zwiespältigen Konnotationen von "Deutschsein".

Die Untersuchungsgruppe (Rußlanddeutsche N = 253, Polendeutsche N = 184) umfaßt Altersstufen von unter 20 bis über 60 Jahre, wobei die 20- bis 40jährigen den Schwerpunkt bilden (Rußlanddeutsche = 74%, Polendeutsche = 70%).

Neben den Angaben zur Person und den Ausreisemodalitäten wurden in einem Fragebogen sechs Inhaltsbereiche, die mit einer fünfstufigen Skala beantwortet werden sollten, abgefragt: Ausreisegründe, Erwartungen an das Leben in Deutschland, erste Erfahrungen in Deutschland, Bedeutungen von "Deutschsein", Einschätzungen der neuen Lebenssituation und Betroffenheit hinsichtlich der Anforderungen in der neuen Lebenssituation.

## **1. Bleiben oder Gehen?**

Diejenigen, die sich heute in den GUS-Staaten oder in Polen die Frage stellen müssen, ob sie gehen oder bleiben wollen, treffen ihre Entscheidung unter dem Druck einer akuten gesellschaftlichen Krisensituation, aber auch auf der Basis einer spezifischen, über ihre individuelle Biographie hinausreichenden Geschichte. Geschichte wird hier allerdings nicht als "objektiver" Verlauf historischer Ereignisse verstanden, sondern als eine im "kollektiven Gedächtnis" spezifischer Gruppen verankerte Deutung der Vergangenheit aus dem Blickwinkel der Gegenwart (vgl. Halbwachs 1985).

Beide Orientierungen, die des Bleibens und die des Gehens, berufen sich aber darüber hinaus auf unterschiedliche Interpretationen und Gewichtungen derselben Vergangenheit (vgl. auch Römhild 1994).

Die unterschiedlichen Perspektiven auf die eigene Geschichte und die daraus abgeleiteten Positionen der Rußlanddeutschen spiegeln auch ihre Erfahrungen in und mit einem als "Vielvölkerstaat" angelegten gesellschaftlichen Kontext wider, in dem Nationalität und ethnische Zugehörigkeit trotz aller "Sowjetisierungsstrategien" ihre Bedeutung als Kategorien der Selbst- und Fremdeinschätzung nie ganz verloren haben.

Demgegenüber sind die Erfahrungen der Deutschen in Polen von einem nationalstaatlichen Kontext geprägt, der die Existenz nationaler Minderheiten noch bis vor einigen Jahren gänzlich leugnete (vgl. Rautenberg 1988, S. 19). Allerdings kann Polen hinsichtlich seiner ethnischen Zusammensetzung tatsächlich - verglichen mit anderen europäischen Ländern - als relativ homogen gelten (vgl. Buchowski 1994, S. 64).

Anders als bei den Rußlanddeutschen ist die Geschichte derjenigen, die sich heute als Deutsche in Polen begreifen, weniger mit einem ethnischen als mit einem regionalen Hintergrund verbunden. Während sich viele Rußlanddeutsche noch immer als Nachfahren ehemaliger deutscher Einwanderer und zudem als innerhalb der Sowjetunion

Vertriebene verstehen, zählen die Polendeutschen zumeist zur traditionell ansässigen Bevölkerung in den ehemals deutschen Ost- und jetzt polnischen Westgebieten, in denen sie noch heute mehrheitlich leben. Wie in der Sowjetunion führte auch in Polen das kriegsbedingte Feindbild zur Stigmatisierung und Verdrängung jeglichen "Deutschseins", insbesondere auch deutscher Sprache und Kultur, innerhalb der eigenen Staatsgrenzen.

All dies prägt das individuelle Selbstverständnis und die Interpretation der eigenen Herkunft. Deutschsein, d.h. in eine deutsche Familie mit ihrer Geschichte hineingeboren zu werden, erlaubte den Befragten kaum, eine unproblematische Identität zu entwickeln. Es bedeutete im Kontext des jeweiligen Herkunftslandes zwangsläufig, anders zu sein, nicht zur selbstverständlich akzeptierten Mehrheit zu gehören. Deutschsein war in jedem Fall eine Herausforderung, mit der man sich individuell zu arrangieren hatte.

Die hier nur angedeuteten Hintergründe geben einen Eindruck davon, unter welchen Bedingungen sich die ethnische Mobilisierung und die Ausreisewelle der Deutschen im Osten entwickelt hat. Sie machen insbesondere auch deutlich, daß Ethnizität kein "objektives", durch Abstammung begründetes Merkmal ist. Im Sinne eines ethnischen Bewußtseins entspricht sie vielmehr einer subjektiven Selbstzuschreibung und einer Re-Interpretation der eigenen Geschichte, die immer auch als Reaktion auf eine als dominant erlebte Umwelt entwickelt wird. Die Renaissance deutscher Ethnizität in Osteuropa ist auch deshalb zustande gekommen, weil es nun, unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, möglich ist, das im kollektiven Gedächtnis noch immer latent nachwirkende Stigma des Deutschseins aus der Nachkriegszeit positiv zu wenden und für die Durchsetzung ethnisch begründeter Interessen einzusetzen.

Im Gegensatz zu denjenigen, die daraus die Rehabilitierung und Etablierung polen- bzw. rußlanddeutscher Minderheitenrechte ableiten, versuchen diejenigen, die sich für die Emigration nach Deutschland entscheiden, dem Minderheitenstatus zu entkommen. Das mehrheitlich genannte Motiv, "als Deutscher unter Deutschen leben" zu wollen, entspricht damit auch der Abkehr von einer ethnischen hin zu einer nationalen Selbstzuschreibung. Erwartungen und Erfahrungen der Aussiedler sind daher immer auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Ausreiseentscheidung an sich schon einen markanten Perspektivenwechsel bedeutet, von dem aus das Leben davor, die individuelle und die kollektive Geschichte neu gedeutet und bewertet wird.

## **2. Erfahrungen mit Fremdsein, Anderssein in der Bundesrepublik Deutschland**

Nach unseren Ergebnissen werden die ersten Erfahrungen in Deutschland bei beiden Gruppen, polen- und rußlanddeutschen Aussiedlern, von Gefühlen der Fremdheit und

des Andersseins begleitet. Die Hoffnung, daß die einheimischen Deutschen so fühlen und denken wie man selbst, kann so von ihnen nicht bestätigt werden. Auch der Wunsch, als "Gleiche" wahrgenommen zu werden, hat sich nicht erfüllt. Das Bedürfnis und der Wille nach Anpassung an das Leben in Deutschland reichen allein nicht aus, und ohne Hilfe ist es schwer, ein neues Leben aufzubauen. Von seiten der einheimischen Bevölkerung kann - so scheint es - auch nicht allzuviel Unterstützung bei der Eingewöhnung erwartet werden. Allerdings sind es die polendeutschen, die relativ weniger davon überzeugt sind als die rußlanddeutschen Befragten, daß die Deutschen zwischen Aussiedlern und Ausländern unterscheiden können. Nicht zuletzt meinen sie nur zu 17%, daß der Einreisewunsch bei den Deutschen akzeptiert wird, bei den Rußlanddeutschen sind es immerhin 49% (vgl. Graudenz/Römhild 1995).

Die Rußlanddeutschen, die mit mehr Befürchtungen nach Deutschland gekommen und demnach möglicherweise mehr auf negative Erfahrungen eingestellt waren, fühlen sich scheinbar nicht so leicht entmutigt. Daß sie ihr Ziel, nach Deutschland zu kommen, überhaupt erreichen konnten, ist zudem für viele Grund genug, trotz allem optimistisch zu sein. 58% der rußlanddeutschen Befragten stimmten der Aussage, "Mein Glücksgefühl, endlich in Deutschland zu sein, hat bisher noch alle Schwierigkeiten überdeckt", zu. Diese Einschätzung teilen nur 17% der polendeutschen Aussiedler. Die deutliche Betonung eines subjektiven Glücksempfindens bei den Rußlanddeutschen zeigt etwas von der starken emotionalen Beteiligung, die den Entschluß zur Ausreise - trotz vieler Enttäuschungen - auch nachträglich noch zu bestätigen scheint. Es sind nur 15% (gegenüber 22% bei den Polendeutschen), die angeben, manchmal Zweifel zu haben, ob ihr Ausreiseentschluß richtig war. Es kann vermutet werden, daß hier auch die größere Entfernung zum Herkunftsland eine dissonante Einschätzung der erfolgten Emigration weniger zuläßt. Auch die insgesamt große Hoffnung beider Gruppen (Rußlanddeutsche = 65%, Polendeutsche = 64%), sich schnell an die Art des Lebens in Deutschland anpassen zu können, konnte so nicht bestehenbleiben, für 40% der Rußlanddeutschen und 31% der Polendeutschen zeigten sich unerwartete Schwierigkeiten bei der Anpassung an die neuen Anforderungen.

Vor allem im direkten Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung in Deutschland geriet die eigene Fremdheit stärker als erwartet in den Blickpunkt. 72% der rußlanddeutschen und 52% der polendeutschen Aussiedler stellen jetzt fest, daß "die Menschen in Deutschland in vieler Hinsicht anders denken und fühlen als wir". Von 59% der Rußlanddeutschen, die die Erwartung hatten, daß "die einheimischen Deutschen genauso denken und fühlen" wie sie selbst, müssen 42% ihre Vorstellungen durch die Erfahrungen in Deutschland revidieren. Bei den Polendeutschen, die diese Erwartung nicht in so hohem Maße angaben (insgesamt 48%), sind es 25%, die sich in ihrer Erwartung nicht bestätigt fühlen.

Nicht nur mit Blick auf die eigene Person, sondern auch hinsichtlich der neuen Umwelt in Deutschland, wird Fremdheit verstärkt wahrgenommen: Auf die Mehrzahl

der Rußlanddeutschen (61%) und der Polendeutschen (66%) wirkt der - aus ihrer Sicht - unerwartet hohe Ausländeranteil an der bundesrepublikanischen Bevölkerung irritierend. 76% der rußlanddeutschen und 63% der polendeutschen Aussiedler meinen sogar dezidiert, daß in Deutschland "zu viele Ausländer" leben. Diese Einstellung wird besonders stark von älteren Aussiedlern vertreten.

Anders als im Zusammenhang mit den erfragten Ausreisegründen und Erwartungen, die zum Teil starke Unterschiede erkennen ließen, scheinen sich rußlanddeutsche und polendeutsche Aussiedler in ihren Einschätzungen der neuen Lebenslage in Deutschland einander ähnlich zu sein. Für beide Befragungsgruppen steht die Entdeckung einer auf kollektiven Zugehörigkeiten und Zuschreibungen basierenden Differenz im Vordergrund. Die starke Betonung von Unterschieden - im Vergleich zur eigenen Person, zur einheimischen deutschen und besonders zur nicht-deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik - reflektiert vor allem die Verunsicherung hinsichtlich der eigenen Position in diesem Kontext: Der neue Status "Aussiedler", unter den sich die polen- und rußlanddeutschen Einwanderer in Deutschland subsumiert sehen, bietet wenig eindeutige Orientierung. Er suggeriert einerseits einen aus der Vergangenheit abgeleiteten gemeinsamen (Vertreibungs-)Hintergrund, läßt aber die Frage der gegenwartsbezogenen Einordnung zwischen einheimischen Deutschen und Ausländern in der Bundesrepublik offen.

### **3. Perspektiven von "Deutschsein"**

Für das Selbstverständnis von Migranten sind nicht nur ihre jeweils eigenen Haltungen gegenüber der alten und der neuen Heimat entscheidend, sondern insbesondere auch die Vorstellung, die sich die Aufnahmegesellschaft von ihnen macht, und die Position, die sie ihnen zuweist. Sich nach der Einwanderung als Mitglied einer ethnischen Minderheit wiederzufinden, die anderen Minoritäten und einer nationalen Mehrheit gegenübersteht, ist oft weniger eine Frage subjektiver Zugehörigkeit als eine Folge der nationalen Einordnung in eine schon bestehende Hierarchie von "Einheimischen" und "Ausländern". Provoziert durch die "ethnisierenden" Zuschreibungen der Aufnahmegesellschaft (vgl. Bukow/Llaryora 1988) entsteht ein Bewußtsein des eigenen Andersseins oft erst nach der Einwanderung. Die Etikettierungen und Positionierungen der neuen Heimat machen in diesem Sinn aus Immigranten "Fremde".

Wie bereits angedeutet, werden im Fall der Aussiedler widersprüchliche Zuschreibungen wirksam. Einerseits gelten sie als Deutsche, sind den Einheimischen rechtlich gleichgestellt und damit eine besondere Gruppe unter den einwandernden Migranten. Andererseits werden sie häufig als Ausländer wahrgenommen und unterscheiden sich damit nicht von anderen Migranten.

Die offizielle Handhabung des Begriffs "Aussiedler" ordnet die so bezeichneten Menschen der Geschichte von Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg zu. Nach dem Bundesvertriebenengesetz erlangen Angehörige der von "Vertreibungsdruck" bedrohten deutschen Minderheit im Osten, die sich zum "deutschen Volkstum" bekennen (vgl. § 6), den für die Einreise nach Deutschland notwendigen Status.

Die besondere Kategorie der "Statusdeutschen", die speziell für die Deutschstämmigen im Osten geschaffen wurde und ihnen eine deutsche Nationalität trotz fremder Staatsbürgerschaft garantiert, verweist einerseits auf das dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht zugrundeliegende Abstammungsprinzip, das die nationale Zugehörigkeit primär nach ethnisch-genealogischen Kriterien definiert (vgl. Delfs 1993, S. 4; Franz 1992; Heckmann 1992). Zum anderen legt die Tatsache, daß dieser Status nicht allen Deutschstämmigen im Ausland, sondern nur den Nachfahren der Deutschen im Osten zuerkannt wurde, die Einschätzung nahe, daß es sich hier auch um eine Folge der politischen Polarisierung in der Zeit des "Kalten Krieges" handelt. Solange der "Eiserne Vorhang" existierte und vergleichsweise wenige die Grenze zum Westen passieren konnten, wurden die politischen Bemühungen um Zuwanderungserleichterungen als "nationale Aufgabe" von hohem Rang eingestuft (vgl. Puskeppeleit 1995).

Anders als die offizielle Auffassung, die primär das Deutschsein und weniger die fremde Herkunft der Aussiedler betont, ist die bundesrepublikanische Bevölkerung offensichtlich immer weniger bereit, dieses Bild von den "Landsleuten aus dem Osten" zu übernehmen (vgl. Frankfurter Rundschau vom 14. August 1992). Und besonders auch die nicht-deutschen "Mitbürger", die zu einem großen Teil schon seit Generationen in der Bundesrepublik leben und trotzdem noch immer als "Ausländer" ohne staatsbürgerliche Rechte gelten, zeigen sich irritiert über die bevorzugte Sonderstellung der Aussiedler.

Die Frage, ob Aussiedler primär als Fremde angesehen oder als Deutsche eingeordnet werden, ist darüber hinaus Bestandteil politischer Verteilungskämpfe (hier gelten Aussiedler häufig als Klientel des konservativen, an der Renaissance eines deutschen Nationalbewußtseins interessierten Lagers) und existentieller Verteilungskämpfe (hier gelten Aussiedler oft als Konkurrenten um die knapper werdenden ökonomischen Ressourcen).

Den Aussiedlern ist dieser Zusammenhang bewußt. Sie wissen, daß ihnen nur aufgrund ihrer deutschen Identität Zugang zur Bundesrepublik gewährt wird. Auch deshalb wohl zeigen sie sich so empfindlich gegenüber einer Einschätzung als Fremde, denn damit wird gewissermaßen die einmal erteilte Zugangsberechtigung wieder in Zweifel gezogen. Gerade auch die Aussiedler aus Polen, die zunächst auf eine Akzeptanz jenseits ethnischer Kriterien gehofft hatten, stellen fest, daß die Frage der Akzeptanz in Deutschland stark mit dem Kriterium nationaler Zugehörigkeit verknüpft ist. 43,4% der Polendeutschen fühlen sich in der Bundesrepublik als Fremde wahrgenommen, und 57,6% bewerten solche Erfahrungen für sich negativ. Bei den Ruß-

landdeutschen, die bereits mit einer ethnisch fundierten Erwartung, als "Gleiche" angenommen zu werden, nach Deutschland gekommen waren, liegen die Werte höher: Das Gefühl, als Fremde zu gelten (53%), ist für 72,8% eine unangenehme Erfahrung.

Die Klassifizierung als "Polen" oder "Russen" in die Kategorie der Ausländer reaktiviert im Gegenzug alte ethnische Abgrenzungsmechanismen. Aussiedler sind so nicht nur selbst Gegenstand, sondern auch oft Mitproduzenten von Fremdenfeindlichkeit (vgl. Graudenz/Römhild 1993). Hinter der Abgrenzung und auch Abwertung der "Fremden" steht der Versuch, das eigene Fremdsein abzuwenden, sich auf der Seite der Einheimischen als Deutsche zu profilieren und daraus abgeleitete Rechte einzuklagen.

Wer oder was deutsch ist und was nicht, wird so gerade in Deutschland wieder verstärkt zum Kriterium, das die für ethnische Distinktionen bedeutsame Grenze zwischen "Wir" und "Sie" markiert. Während die Rußlanddeutschen dabei an ihr schon vorhandenes Potential ethnischer Mobilisierung anknüpfen und Grenzziehungen aus der Herkunftsgesellschaft auf die bundesrepublikanische Situation übertragen, entsteht ein Denken in ethnischen Kategorien bei den Polendeutschen vielfach erst nach der Ankunft in Deutschland. Die subjektiven Charakteristika von "Deutschsein", die für ethnische Grenzziehungen bedeutsam werden, zeigt die Gegenüberstellung von Items aus unserem Fragebogen, die jeweils mehr als 50% Zustimmung fanden (vgl. Tabelle 1):

Tabelle 1: Bedeutungen von Deutschsein<sup>1</sup>

<b>Rußlanddeutsche</b>	
"Deutschsein bedeutet für mich ..."	Zustimmung in %
Die deutsche Sprache gut zu beherrschen	90,5
In einer deutschen Familie aufgewachsen zu sein	87,0
<i>Mit anderen Deutschen zusammen zu sein</i>	84,2
Deutsches Brauchtum (z. B. Lieder, Feste) zu pflegen	83,8
Die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen	82,2
Eine Tradition, die von Generation zu Generation weitergegeben wird	81,8
Bestimmte Vorstellungen davon zu haben, was gut und richtig ist	70,8
Deutsche Vorfahren zu haben	66,0
<i>Eine Verpflichtung gegenüber der Familie</i>	64,4
Etwas, worauf ich stolz bin	55,3
<i>An den besonderen Errungenschaften deutscher Kultur und deutscher Geschichte teilzuhaben</i>	54,6

1 Items, die jeweils nur bei einer der beiden Vergleichsgruppen Zustimmung fanden, wurden hervorgehoben.



**Polendeutsche**

"Deutschsein bedeutet für mich ..."	Zustimmung in %
Eine Tradition, die von Generation zu Generation weitergegeben wird	76,6
Die deutsche Sprache gut zu beherrschen	73,9
Deutsche Vorfahren zu haben	72,8
Die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen	72,8
In einer deutschen Familie aufgewachsen zu sein	72,3
<i>Über mein Deutschsein hinaus fühle ich mich der Region, aus der ich komme, sehr verbunden</i>	65,7
<i>Was Deutschsein bedeutet, entscheidet jeder für sich alleine</i>	63,0
<i>Eine persönliche Entscheidung, Deutsche/r sein zu wollen</i>	58,7
Deutsches Brauchtum (z. B. Lieder, Feste) zu pflegen	57,6
Bestimmte Vorstellungen davon zu haben, was gut und richtig ist	52,2

Deutschsein wird bei beiden Gruppen primär über ethnische Kriterien, d.h. Sprache, Abstammung, Tradition, definiert. Während die polendeutsche Einschätzung regionale und personale Differenzierungen miteinbezieht, erscheint Deutschsein bei den Rußlanddeutschen stärker als kollektiv verbindliches Konstrukt, das an entsprechende Werte wie "Familie" und "Gemeinschaft" geknüpft ist und in sich schon einen Wert darstellt ("stolz sein", "besondere Errungenschaften").

Diese Konstruktion einer deutschen "Abstammungsgemeinschaft", die auch Menschen jenseits der bundesrepublikanischen Staatsgrenzen einschließt und an eine nationale Identität bindet, entspricht der offiziellen Auffassung in Deutschland, die dem "ius sanguinis" den Vorzug gegenüber dem "ius soli" gibt. Aber das Prinzip ethnischer Exklusivität steht in vielfachem Widerspruch zur Realität. Zum einen geraten die Aussiedler selbst in Konflikt mit ihrem Ideal: Der großen Bedeutung, die sie der Beherrschung der deutschen Sprache beimessen, werden sie kaum gerecht. Nur 34,4% der rußlanddeutschen und 18,5% der polendeutschen Befragten gaben an, gut deutsch zu sprechen. Zum anderen stellt die multikulturelle Wirklichkeit der Bundesrepublik, in der Deutschsein weder als eindeutig definiert noch als prinzipiell verbindlich gelten kann, das tradierte Bild einer homogenen Abstammungsgemeinschaft in Frage.

Besonders prekär wird der Widerspruch zwischen mono-ethnischem Anspruch und multikultureller Wirklichkeit im Verhältnis zur nicht-deutschen Bevölkerung. Für die Ausländer ist es oft schwer verständlich, warum diese - auch für sie fremden - Deutschen mehr Rechte haben als sie selbst, da sie doch das Land, seine Menschen, seine Verhältnisse oft weitaus besser kennen. Immerhin können Aussiedler, nur aufgrund ihres deutschen Passes und trotz aller herkunftsbedingten Fremdheit, sofort, wenn sie hier sind, wählen. Ausländern ohne deutsche Staatsbürgerschaft bleibt dieses Recht, auch wenn sie sogar in der Bundesrepublik geboren wurden, bis heute verwehrt.

Für die Aussiedler ist es wiederum oft schwer nachvollziehbar oder völlig unbekannt, daß fast 60% der über 5 Mio. ausländischer Arbeitnehmern mit ihren Familien Deutschland auch als ihre Heimat begreifen, weil sie schon zehn Jahre oder länger hier leben und daß mehr als zwei Drittel ihrer Kinder hier geboren sind und oft perfekt deutsch sprechen (vgl. Hoffmann 1992, S. 15).

Die Plausibilität dieses Zugehörigkeitsanspruchs wird selbst von den Aussiedlern durchaus wahrgenommen und verstärkt so ihre Irritation angesichts der eigenen Position, die sich nur auf einen ethnischen und nicht auf einen alltagsweltlichen Bezug zu Deutschland stützen kann. "Die fühlen sich hier eigentlich mehr daheim", meinte der rußlanddeutsche Aussiedler Heinrich R. über die Türken, "die fühlen sich heimischer wie wir. (...) Ich hatte mir das nicht so vorgestellt, ich habe gedacht, das wäre nur in Rußland. In Rußland gibt es ja Republiken, z. B. Kasachstan, Usbekistan. Gut, das ist dann das Land (der Kasachen, der Usbeken), das ist ihre Heimat. Aber hier gibt es mehr 'schwarze Leute' (er meint: Ausländer) wie in Rußland." Wenn besonders rußlanddeutsche Aussiedler häufig fragen, warum denn "die Türken" nicht in "ihrem Land" leben wollen, dann reflektiert das einerseits ihre Unkenntnis der sozioökonomischen Hintergründe von Arbeitsmigration. Andererseits greifen sie dabei eigene Erfahrungen aus dem Herkunftsland auf: Auch sie erlebten, daß nationalistisch orientierte Usbeken oder Kasachen sie fragten, warum sie denn nicht in "ihr" Land, nach Deutschland nämlich, ausreisen.

Gerade die ungelösten Widersprüche bei der Frage, wer nun mit welcher Begründung welchen Grad an Zugehörigkeit und welche Rechte beanspruchen kann, tragen dazu bei, daß Aussiedler ihr Deutschsein als qualitative Differenz gegenüber den Ausländern in Deutschland betonen. Die Tendenz zur Abgrenzung, die im Alltag oft durch eine konkrete Konkurrenzsituation noch verschärft wird, nimmt häufig drastische Formen an: "Neben meiner Arbeit steht ein Haus", erzählte uns die rußlanddeutsche Aussiedlerin Galina T., "dort wohnt eine türkische Familie. Mein Gott, so dreckig, so dreckig. Ich habe zu meinem Mann gesagt: Können diese Leute nicht aufräumen, oder was? Dieses Haus, habe ich gesagt, gebt mir dieses Haus. (...) Eine andere Frau wartete auf eine Sozialwohnung. Sie hat immer telefoniert, und die Leute haben gesagt: Das Haus ist schon Ihnen. Dann hat der Mann telefoniert, und dann haben die Leute gesagt: Schon zu spät, eine türkische Familie wohnt schon drin (...). Die türkische Familie bekommt das Haus, und wir bleiben immer so." Die Argumentation, mit dem Frau T. ihren Anspruch auf Bevorzugung zu legitimieren sucht, basiert auf einer hierarchischen Dichotomie ethnisch-kultureller Zuschreibungen: In der Konkurrenz um Ressourcen wird der deutsche Wert der "Sauberkeit" gegen den vermeintlich türkischen Unwert "Dreck" ins Feld geführt. Solche Strategien der Aufwertung der eigenen durch die Abwertung anderer Gruppen werden generell häufig eingesetzt, nicht nur von den Einheimischen gegen die "Fremden", sondern auch von den Migrant\*innen selbst, um sich

innerhalb einer bestehenden "Hackordnung" am unteren Ende der sozialen Schichtung einen besseren Platz zu erkämpfen (vgl. Bade 1993, S. 12).

Auch bei den Aussiedlern reichen die Abgrenzungstendenzen bis in die eigenen Reihen. Unter dem Druck, das eigene Deutschsein gegen die zugeschriebene, aber auch selbst verspürte Fremdheit zu setzen, werden all jene suspekt, die sich in dieser Frage nicht eindeutig verhalten. Unsere Interviewpartner grenzten sich vielfach gegen Landsleute ab, die "immer noch nur russisch" bzw. "polnisch" sprechen. In einzelnen Fällen wird streng darauf geachtet, daß die Kinder nur mit deutschsprechenden Gleichaltrigen Kontakt haben. Häufig wurde der Verdacht geäußert, daß andere eine deutsche Herkunft nur vortäuschen, um in die Bundesrepublik gelangen zu können. "Manche haben sogar dann bewiesen, daß der Opa Deutscher ist", sagte Regina G. aus Schlesien über "die Polen" in ihrer Nachbarschaft, "aber sie kamen hierher ... aus materiellen Gründen. (...) Sie sind hier, aber das Herz haben sie in Polen". Solchen Menschen wird die Zugehörigkeit zum "Wir" der Bezugsgruppe, die ihre Daseinsberechtigung aus dem Deutschsein bezieht, abgesprochen. Und gerade diese sind es auch dann, denen man die Schuld daran gibt, daß die Aussiedler insgesamt von den Einheimischen nicht als "Gleiche" akzeptiert werden. Damit wird der unter einheimischen Deutschen geläufige Vorwurf eines letztlich unredlichen Zugangs zum reichen Westen übernommen und auf andere projiziert, um ihn von sich selbst abzuwenden.

Die vermeintliche Homogenität, die der Sammelbegriff "Aussiedler" suggeriert, wird von den damit Bezeichneten selbst so kaum wahrgenommen. Zwischen den Aussiedlern aus Polen und aus der ehemaligen Sowjetunion, die sich im Wohnheim und im Sprachkurs Tag für Tag begegnen, sind intensivere Kontakte und auch Verständnis eher rar. Den polnischen Aussiedlern erscheinen die Rußlanddeutschen - schon äußerlich, aber auch in ihren Verhaltensweisen - provinziell und altmodisch. Auch sie seien für den Eindruck der Fremdheit, den die Aussiedler bei den Einheimischen erwecken, mitverantwortlich. In der umgekehrten Blickrichtung wird der stärkere Individualismus der Polendeutschen als Egoismus und Habgier gedeutet, während man sich selbst als bescheiden und fleißig einschätzt. Verglichen mit der Cleverness der Polendeutschen ist ängstliche Zurückhaltung jedoch, so die Einschätzung einer jungen Rußlanddeutschen, in Deutschland eher von Nachteil: "Die (Rußlanddeutschen) haben immer Angst. Wenn die polnischen Leute was denken, dann sagen sie das. Und unsere Leute, die behalten das für sich, sagen das auf dem Herz, also nur für sich. ... Sie sagen nichts dagegen, sie sind einverstanden, Hauptsache, sie arbeiten, verdienen Geld. Sie haben immer Angst, was zu sagen, das ist ihr Problem. ... Genau wie mit der Wohnung: Sie gehen hier nicht zum Sozialamt und sagen, ich brauche eine Wohnung oder so. Sie sagen, wenn ich da Probleme mit dem Sozialamt habe oder Ärger, dann bekomme ich überhaupt keine Wohnung. Besser bleibe ich ruhig, rufe ab und zu an, dann kriege ich die Wohnung, sonst nicht."

Unsere Untersuchung bestätigt die Beobachtung, daß die Strategien der polendeutschen Aussiedler offensiver und damit letztlich erfolgreicher sind, indirekt: Nach maximal zwei Jahren in Deutschland lebten bereits 25% der polendeutschen, aber nur 4% der rußlanddeutschen Aussiedler in einer eigenen Wohnung außerhalb des Wohnheims. Neben den aus dem jeweiligen Verhalten abgeleiteten Stereotypen, die zur wechselseitigen Abgrenzung eingesetzt werden, spielen hier aber wahrscheinlich auch real unterschiedliche Einstellungen zum Staat und seiner Verfügungsgewalt eine Rolle (vgl. Römhild 1995).

Auch der Blick auf die Gruppe der eigenen Landsleute wird unter dem Druck der eigenen Verunsicherung selektiv: Grenzen konstituieren sich zwischen den Alten, die die Jungen nicht mehr verstehen und umgekehrt. Männer geraten in Konflikt mit ihren Frauen, weil diese oft besser mit den alltagspraktischen Anforderungen zu-recht-kommen und daraus mehr Selbstbewußtsein entwickeln können.

Gerade auch bei den Rußlanddeutschen, die ja eigentlich ein relativ homogenes, über ein gemeinsames ethnisches "Schicksal" konstituiertes Bild von sich entwickelt hatten, werden nun - in Deutschland - Unterschiede gesehen und gemacht. Dazu trägt auch die ungewohnte räumliche Nähe im Wohnheim bei, durch die Menschen mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund und aus verschiedenen Republiken der ehemaligen Sowjetunion aufeinandertreffen. Ob jemand aus Kasachstan oder Usbekistan, aus der Stadt oder vom Land kommt, ob man "einfacher Arbeiter" war oder der Intelligenzia angehörte, wird nun in einem internen Diskurs mit spezifischen Bedeutungen belegt. Abgrenzungen werden auch hier wieder entlang eines Maßstabes von "Deutschsein" und den daraus abgeleiteten Chancen für eine Etablierung in der Bundesrepublik vorgenommen.

Frau F. aus Kasachstan, die sich selbst zu den "Arbeitern vom Land" zählt, schilderte uns ihre Sicht des gespannten Verhältnisses zu den qualifizierteren Rußlanddeutschen: "Die meisten Leute - ob sie nun Ingenieur oder Professor waren - ... da fehlt ihnen die Sprache. Und deswegen sind sie vielleicht auf uns sauer, weil die Leute da auf dem Dorf können ein bißchen Deutsch. Und die Leute, die in der Stadt aufgewachsen sind, denen fehlt das. Wir Arbeiter kommen schnell in Kontakt mit den Leuten. Und da sind sie auf uns sauer: Guck mal, ein Arbeiter und hat schon einen deutschen Freund. (...) Früher waren sie groß, wir waren klein. Jetzt ist es anders: wir sind groß, sie sind klein. (...) Für Arbeiter ist das egal, welche Arbeit man machen muß. Ich muß arbeiten sowieso, ich muß ja Geld verdienen. Ich habe in Rußland gearbeitet, da kann ich hier auch arbeiten. Aber andere, die z. B. Ingenieur oder Direktor sind, die warten und warten. Was machen diese Leute? Ich weiß es nicht."

Die Grenzen werden hier gegenüber denjenigen gezogen, die im Kontext der ehemaligen Sowjetunion zu den "Großen", d.h. zu den städtischen Akademikern, gerechnet werden, und nun im Kontext der Bundesrepublik schlechtere Ausgangsbedingungen haben als die ehemals "Kleinen", deren geographisch und sozioökonomisch

marginale Herkunft "vom Dorf" jetzt Vorteile bringt bei der sozialen und beruflichen Eingliederung in Deutschland. Implizit spricht Frau F. ihren höher qualifizierten Landsleuten zentrale Werte des rußlanddeutschen "Deutschseins" - hier: die Kenntnis der deutschen Sprache und Arbeitseifer, kombiniert mit Bescheidenheit - ab, die sie demgegenüber aber der eigenen Gruppe der "kleinen Leute" in besonderem Maße zuschreibt. Auch diese Form der Abgrenzung hat jenseits der Vorurteilsbildung wieder einen realen Hintergrund: Tatsächlich haben gerade Akademiker größere Schwierigkeiten bei der Suche nach einem adäquaten Arbeitsplatz in Deutschland, häufig bedingt durch nicht vergleichbare Ausbildungsgänge und mangelnde (besonders auch fachspezifische) Sprachkenntnisse, die für die Ausübung qualifizierter Tätigkeiten essentieller sind als für minderqualifizierte Berufsbereiche. Da gerade die höher Qualifizierten sich aber besonders ausgeprägt - wie unsere Untersuchungsergebnisse zeigen - von der Ausreise auch einen besseren Lebensstandard versprochen hatten, sind sie insgesamt enttäuscht; sie zeigen weniger Optimismus, fühlen sich in Deutschland fremder und haben mehr Heimweh als diejenigen mit niedrigerer Ausbildung.

Die Tendenz, sich unter dem Druck widersprüchlicher Zuschreibungen abzugrenzen und dabei "Deutschsein" als Maßstab einzusetzen, macht selbst vor den einheimischen Deutschen nicht halt. Differenzen zum Ideal eines Deutschseins, das unsere Respondenten immer wieder mit Tugenden wie "sauber", "fleißig", "ehrlich" beschrieben, werden irritiert wahrgenommen. Kritik regt sich immer dann, wenn es auch in Deutschland nicht so sauber und ordentlich zugeht wie erwartet, wenn die Menschen sich anders kleiden und die Jugend zu wenig Respekt vor den Älteren zeigt, wenn die öffentliche Moral insgesamt zu wünschen übrig läßt. Deutschland habe sich, so die Meinung vieler Aussiedler, unter dem Einfluß der vielen Fremden verändert, sei also dabei, seine deutsche Identität und Kultur zunehmend zu verlieren. Hier zeigt sich der abgrenzende Diskurs des Deutschseins als "verkehrte Welt": Nicht die Aussiedler, sondern die einheimische Bevölkerung wird zu "fremden Deutschen", wenn man den idealisierten Maßstab anlegt, den besonders die Rußlanddeutschen für sich beanspruchen. Im Ergebnis dieser Gegenüberstellung erscheinen dann die Aussiedler tatsächlich als die eigentlichen und auch die "besseren Deutschen" - ein Anspruch, der ihnen vielfach kritisch unterstellt wird.

Der ethnische Diskurs des Deutschseins bei Aussiedlern ist kein primär aus den Herkunftsländern importiertes Programm. Unsere Untersuchung zeigt, daß besonders die Polendeutschen mit anderen, eher auf individuelle als auf kollektive Chancen gerichtete Erwartungen und Hoffnungen aufgebrochen waren. Und die Rußlanddeutschen hatten zwar vor allem ein Leben als "Deutsche unter Deutschen" im Blick. Hinter dieser mono-ethnischen Perspektive verbirgt sich aber zugleich der Wunsch, als "Gleiche unter Gleichen" akzeptiert zu werden, d.h. eigentlich gerade aus einer als "ethnisch" konstruierten Konfliktsituation, wie sie in der ehemaligen Sowjetunion erlebt wurde, herauszukommen.

Natürlich bringen beide Vergleichsgruppen - die Rußlanddeutschen mehr, die Polendeutschen weniger - ein ethnisches Potential und damit die Bereitschaft, Konflikte zu entsprechenden Kategorien wahrzunehmen, aus ihrer Geschichte mit. Dennoch scheint dieses Potential erst durch die in Deutschland einsetzende "Ethnisierung", d.h. eine von außen zugeschriebene Fokussierung auf "Herkunft" als Charakteristikum zur Einordnung von Menschen, entscheidend mobilisiert zu werden. Ähnlich wie bei anderen Migranten wird dadurch eine Auseinandersetzung mit der zugeschriebenen Identität erzwungen, die nicht selten in einer "fundamentalistischen" Rekonstruktion eigener Traditionen mündet. Aussiedler stehen zudem noch im Spannungsfeld widersprüchlicher Ethnisierungsdiskurse: Ihrer nationalen Eingliederung als Einwanderer deutscher Herkunft steht die nationale Ausgrenzung als Einwanderer fremder Herkunft gegenüber. Erst diese Erfahrung, die das Leben in Deutschland zumindest in der Anfangszeit maßgeblich prägt, läßt ein Bewußtsein, nicht mehr nur Rußland- oder Polendeutsche, sondern jetzt "Aussiedler" zu sein, entstehen.

Auch von offizieller politischer Seite werden Aussiedler weiterhin zum Objekt einer ideologischen Erbschaft gemacht, in der Deutschsein noch immer als Grundlage einer nationalen Identität gilt, die gegen die multikulturelle Wirklichkeit als staatstragend definiert wird (vgl. Frankfurter Rundschau vom 2. September 1991, S. 17). Die Grenzziehungen und die damit einhergehenden Bewertungen unterschiedlicher Migrantengruppen führen nicht nur zu vermehrten sozialen Spannungen innerhalb und außerhalb dieser Gruppierungen, sondern sie verhindern auch, daß sich die Aussiedler ganz selbstverständlich mit ihrer - eben nicht nur "deutschen" - Vergangenheit auseinandersetzen und sich eine eigene Position schaffen, die liegen könnte zwischen Selbst- und Fremdzuschreibungen in diesem Land ihrer Hoffnungen und ersten Enttäuschungen.

## Literatur

- Bade, Klaus J., 1993: Migration in Geschichte und Gegenwart. Deutsche Erfahrungen und Perspektiven. In: Koch-Arzberger, Claudia; Böhme, Klaus; Hohmann, Eckart; Schacht, Konrad (Hrsg.), *Einwanderungsland Hessen? Daten, Fakten, Analysen*. Opladen, S. 1-16.
- Buchowski, Michael, 1994: Poland: An Old Society After New Elections. In: *Anthropological Journal on European Cultures*, Jg. 3, Heft 1, S. 61-84.
- Bukow, Wolf-Dietrich; Llaryora, Roberto, 1988: *Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minderheiten*. Opladen.
- Delfs, Silke, 1993: *Heimatvertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler. Rechtliche und politische Aspekte der Aufnahme von Deutschstämmigen aus Osteuropa in der Bundesrepublik Deutschland*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 48, S. 3-11.
- Dietz, Barbara, 1990: *Deutsche Aussiedler aus der Sowjetunion. Sozialer Hintergrund und Ausreisebedingungen am Ende der achtziger Jahre*. Osteuropa-Institut, Arbeitsbericht Nr. 3. München.

- Franz, Fritz, 1992: Das Prinzip der Abstammung im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht. In: Rassismus und Migration in Europa. Beiträge des Kongresses "Migration und Rassismus in Europa" (26.-30. September 1990). Hamburg, Berlin, S. 237-245.
- Graudenz, Ines; Römhild, Regina, 1990: Kulturkontakt unter Deutschen: Zur interaktiven Identitätsarbeit von Spätaussiedlern. In: Bildung und Erziehung, Jg. 43, Heft 3, S. 313-324.
- Graudenz, Ines; Römhild, Regina, 1993: Fremde Deutsche. Aussiedler und Fremdenfeindlichkeit - eine Herausforderung an das bundesrepublikanische Selbstverständnis. In: Döbrich, Peter; Rutz, Georg (Hrsg.), Fremdenhaß und politischer Extremismus - Was kann die Schule tun? Gesellschaft zur Förderung pädagogischer Forschung, GPF-Materialien Nr. 27. Frankfurt a. M., S. 17-29.
- Graudenz, Ines; Römhild, Regina, 1995: Grenzerfahrungen. Deutschstämmige Migranten aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion. In: Graudenz, Ines; Römhild, Regina, (Hrsg.), Forschungsfeld "Aussiedler" (im Erscheinen).
- Halbwachs, Maurice, 1985: Das kollektive Gedächtnis. Frankfurt a.M.
- Heckmann, Friedrich, 1992: Ethnos, Demos und Nation, oder: Woher stammt die Intoleranz des Nationalstaats gegenüber ethnischen Minderheiten? In: Bielefeld, Uli (Hrsg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg, S. 51-78.
- Hoffmann, Alexander (Red.), 1992: Tatsachen über Deutschland. Frankfurt a. M.
- Koller, Barbara, 1993: Aussiedler in Deutschland. Aspekte ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48, S. 12-22.
- Puskeppel, Jürgen, 1995: Der Paradigmenwechsel der Aussiedlerpolitik - Von der Politik der "nationalen Aufgabe" zur Politik der "Eindämmung der Zu- und Einwanderung und der Konkurrenz- und Neidbewältigung". In: Graudenz, Ines; Römhild, Regina (Hrsg.), Forschungsfeld "Aussiedler" (im Erscheinen).
- Rautenberg, Hans-Werner, 1988: Deutsche und Deutschstämmige in Polen - eine nicht anerkannte Volksgruppe. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50, S. 14-27.
- Römhild, Regina, 1994: Staying or Leaving? Experiences and Expectations of the German Minority in the Former Soviet Union. In: Anthropological Journal on European Cultures, Jg. 3, Heft 1, S. 107-122.
- Römhild, Regina, 1995: Die Rußlanddeutschen kommen zurück. Anpassungsprobleme der Aussiedler in der modernen Industriegesellschaft (im Erscheinen).

**Dr. Ines Graudenz**

**Regina Römhild**

**Deutsches Institut für**

**internationale pädagogische Forschung**

**Schloßstraße 29**

**D-60486 Frankfurt a. M.**

**Tel.: 069 / 24708 -128**